

# Pressemitteilung

Nr.: 024/2024

Potsdam, 14. Februar 2024

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13  
14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse

Telefon: +49 331 866-5040

Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>

✉: [https://twitter.com/MSGIV\\_BB](https://twitter.com/MSGIV_BB)

Mail: [presse@msgiv.brandenburg.de](mailto:presse@msgiv.brandenburg.de)

## „One Billion Rising“: Ministerin Nonnemacher und Staatssekretärin Dr. Töpfer setzen Zei- chen gegen Gewalt an Frauen

### Teilnahme an Veranstaltungen in Falkensee und Potsdam

„Rise for Freedom“ („Aufstehen für Freiheit“) lautet auch in diesem Jahr das Motto der Kampagne „One Billion Rising“ („Eine Milliarde erhebt sich“) am 14. Februar. Seit 2013 wird an diesem Tag jährlich weltweit mit Tanzaktionen und Demonstrationen auf öffentlichen Straßen und Plätzen ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie für Gleichstellung gesetzt. Frauenministerin Ursula Nonnemacher und die Landesgleichstellungsbeauftragte Manuela Dörnenburg unterstützen die Kampagne am heutigen Mittwoch bei einer Aktion in Falkensee, Staatssekretärin Dr. Antje Töpfer nimmt an der Veranstaltung des Autonomen Frauenzentrums e.V. und des Netzwerks der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. in Potsdam teil.

**Frauenministerin Ursula Nonnemacher:** „Die Aktion ‚One Billion Rising‘ ist wichtig und aktueller denn je: Kriege, Klimakatastrophen und Nationalismus verschärfen die Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die zu den meistverbreiteten Menschenrechtsverstößen weltweit gehört. In Brandenburg haben wir unseren Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder weiterentwickelt, um die Istanbul-Konvention konsequent umzusetzen. Damit machen wir als Landesregierung deutlich, dass wir **diese Gewalt mit aller Entschlossenheit bekämpfen!** Frauen und Mädchen sollen sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können, das ist das Signal, das wir heute mit Aktionen überall im Land aussenden.“

**Staatssekretärin Dr. Antje Töpfer:** „Mehr als 3.800 Frauen wurden laut Polizeistatistik im Jahr 2022 Opfer häuslicher Gewalt. 16 Frauen wurden getötet, 166 wurden Opfer von Vergewaltigungen, sexuellen Nötigungen oder besonders schweren sexuellen Übergriffen. Das sind die offiziellen Zahlen, und sie sind erschreckend. Die Dunkelziffer aber ist noch viel höher, weil viele Taten nicht zur Anzeige gebracht werden – aus Angst, aus Scham, aus Mangel an Unterstützung. Jeder einzelne Fall ist einer zuviel! Wir alle sind aufgerufen, Betroffene zu unter-

stützen – und zu schützen. Die Lücken im Netz der **Frauenhäuser, Beratungsstellen und Hilfeangebote** zu schließen, ist mir ganz persönlich eine Herzensangelegenheit. Dafür konnten wir die Mittel im Landeshaushalt deutlich erhöhen. So stehen 2023 und 2024 jeweils fast **drei Millionen Euro für die Frauenhausförderung** zur Verfügung – fast zwei Millionen mehr als vorher. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch ab 2025 so bleibt.“

**Landesgleichstellungsbeauftragte Manuela Dörnenburg:** „Gewalt gegen Frauen – das ist das tödlichste Symptom des Patriarchats. Es ist ein Zeichen männlicher Dominanz und Kontrolle, Ausdruck einer Kultur und Gesellschaft, in der Frauen nicht gleichberechtigt sind. ‚Me too‘ muss für alle gelten. ‚Ni una menos‘ – egal ob in Chile, Afghanistan, Iran oder Deutschland. Demokratische Prinzipien wie das **Recht auf ein gewaltfreies Leben und die Gleichberechtigung der Geschlechter** sollten ein universelles Versprechen sein – und für alle gleichermaßen gelten. Auch in Brandenburg zeigen Frauen Vergewaltigungen noch zu selten an. Wir kennen die wahren Zahlen nicht. Deshalb müssen wir hinsehen, zuhören, unterstützen und vor allem eins – Betroffenen glauben, unabhängig von Religion und Herkunft.“

Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Mit dem in diesem Jahr beschlossenen **Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder** ist es gelungen, ressortübergreifend ein politisches Instrument mit 68 konkreten Maßnahmen zu erarbeiten. Ziele des Landesaktionsplans sind unter anderem ein besserer Schutz und mehr Unterstützung von Betroffenen, eine gezieltere Information der Öffentlichkeit, die Sensibilisierung von Fachkräften, eine Verbesserung der präventiven Maßnahmen sowie eine effektivere Strafverfolgung. Eine konkrete Maßnahme ist die Einrichtung und Förderung der „Kontaktstelle der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (KIKO)“ beim Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. Die KIKO wird landesweite Öffentlichkeitsarbeit durchführen sowie regionale Netzwerke aufbauen und stärken.

Zur **Verhinderung von Wiederholungstaten** wird das im Jahr 2020 gestartete soziale **Trainingsprogramm „Täterarbeit“** von der „Fachstelle Gewaltprävention Brandenburg“ in Trägerschaft des Berliner Zentrums für Gewaltprävention (BZfG) e.V. vom Frauenministerium weiter gefördert und ausgebaut. Inzwischen wird an drei Standorten im Land (Potsdam, Oranienburg und Cottbus) entsprechende Beratung zur Entwicklung gewaltloser Lebensperspektiven in Partnerschaft und Familie angeboten.

An der im Herbst gestarteten **Plakatkampagne: „Häusliche Gewalt. Sie können etwas tun“** haben sich mehr als 500 Behörden, Institutionen und Vereine beteiligt und an öffentlichen Orten und Plätzen über die Möglichkeiten der Gewaltprävention informiert. Die Plakate sind weiterhin als Download auf der Internetseite des Frauen- und Gleichstellungsministeriums abrufbar: <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/themen/frauen-und-gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/kampagne/>

Umfassende Informationen, Notrufnummern und Beratungsstellen für diverse Formen von Gewalt enthält der Flyer [„Hilfen bei häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen“](#).

### Hintergrund

Der Aktionstag „One Billion Rising“ wurde 2012 von der **New Yorker Künstlerin und Feministin Eve Ensler** initiiert. One Billion – eine Milliarde – bezieht sich auf eine UN-Statistik, der zufolge eine von drei Frauen im Laufe ihres Lebens vergewaltigt oder Opfer von schwerer Körperverletzung wird. Dem Aufruf folgend tanzten am 14. Februar 2013 erstmals Menschen auf öffentlichen Plätzen als Protest gegen Gewalt. Seitdem findet die weltweite Aktion immer am 14. Februar statt.